Nr. 311 XXVI. Jahrgang

Donnerstag, 14. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Villen- oder Kundenkreis 50% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung

Der Anschluß der Deutsch-Oesterreicher

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 13. November

Gestern war in Wien der Tag der Proklamierung der Republik. Zeitweise fiel feiner Regen, der aber die Bevölkerung nicht abhielt, dichtgedrängt in unabsehbarer Menge auf einem großen Teile der Ringstraße, insbesondere vor dem Parlament Aufstellung zu nehmen. Um drei Uhr versammelten sich die Mitglieder der deutsch-österreichischen Nationalversammlung im Sitzungssaale des gewesenen, nun abgeschafften Herrenhauses. Auf der Estrade, wo sonst die drei Fürsten Windischgrätz, Fürstenberg und Schönburg residierten, ließen sich die drei bürgerlichen Staatsratspräsidenten Dinghofer, Hauser und Seitz nieder. Im Saale waren die drei ad hoc verbündeten Parteien der Deutsch-Nationalen, Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten vollzählig erschienen. Die Staatssekretäre hatten auf der Ministerbank Platz genommen, in ihrer Mitte Staatskanzler Dr. Renner auf dem Platze des Ministerpräsidenten.

Nachdem Präsident Dinghofer einen überaus warmen Nachruf auf Viktor Adler gehalten hatte, berichtete Renner über das von ihm ausgearbeitete Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutsch-Oesterreichs. In außerordentlich wirkungsvoller Rede begründete Renner die Erklärung Deutsch-Oesterreichs als demokratische Republik und als Bestandteil der Deutschen Republik. Die Rede wurde wiederholt von einmütigem Beifall und Händeklatschen unterbrochen. Namentlich, als er mit schwungvollen überzeugenden Worten den Anschluß an Deutschland begründete, erhob sich das ganze Haus und klatschte minutenlang Beifall. Dann sprach der christlich-soziale Abgeordnete Niklas, der wohl Bedenken gegen das Gesetz Ausdruck gab, aber erklärte, seine Partei werde im Interesse der Eintracht, Ruhe und Ordnung, für das Gesetz stimmen. Nur einige wenige unversöhnliche Monarchisten entfernten sich vor der Abstimmung aus dem Saale, so daß der Präsident unter starkem Beifall die einstimmige Annahme verkünden konnte.

Darauf wurde die Sitzung unterbrochen, um von der Parlamentsrampe aus vor der vieltausendköpfigen Menge die Republik zu proklamieren. Mehrere Ansprachen wurden gehalten, einzelne Aufzüge unternommen, bei denen Tafeln mit den Aufschriften „Demokratische Republik" vorangetragen wurden.

Nach den Ansprachen auf der Parlamentsrampe erfolgte plötzlich eine Detonation, deren Herkunft bisher unaufgeklärt ist. Daraufhin gaben Rote Gardisten mehrere Schüsse gegen das Parlament ab, wodurch zwei Personen verletzt wurden. Eine Abordnung der Roten Gardisten drang in das Parlament ein und verlangte Sicherheit dafür, daß dort keine Maschinengewehre verborgen seien. Nach Unterhandlungen mit den Funktionären des Parlaments entfernten sich die Roten Gardisten wieder. Infolge der Schießerei entstand eine Panik, bei der es dreißig Verletzte gab. Die Rote Garde lehnt die Verantwortung für die Schießerei, bei der der Unterstaatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch einen Schlag mit dem Gewehrkolben und der Pressesekretär des Staatsrats, Redakteur Brügel, einen schweren Kopfschuß erhielt, ab.

•

Dr. Renners Erklärung

× Wien, 13. November

Nach Uebergang zur Tagesordnung berichtete der Staatskanzler Dr. Renner über die Vorlage über die Staats- und Regierungsform in Deutsch-Oesterreich. Der Staatskanzler verwies darauf, daß die Vorlage vom Staatsrat im Drucke der Not beschlossen worden sei. „Deutsch-Oesterreich", sagte Renner, „kann nach der furchtbaren Katastrophe nur eine öffentliche Gewalt haben, wenn sie vom Volke selbst und aus der Volksvertretung hervorgeht. Wenn wir die deutsch-österreichische Republik erklären, so vollziehen wir eine Notwendigkeit nach außen in unsern Beziehungen zu den übrigen Völkern Europas und der Welt, zu freundlichen und bisher noch feindlichen Mächten. Heute ist die Demokratie das Grundgesetz in der ganzen Welt geworden. Auch wir müssen nach den Methoden der modernen Zivilisation regiert werden. Wir wollen niemanden beherrschen, außer uns selbst, wir wollen aber auch nicht Opfer irgendwelcher Fremdherrschaft werden. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Wir werden auf keine in unserm Siedlungsgebiet eingeschlossenen Volksteile verzichten." (Beifall.) Der Redner betonte die Notwendigkeit zu Zusammenschluß der drei Hauptgruppen der Bevölkerung: Bürger, Bauern und Arbeiter, zum Schutze gegen die wirtschaftliche und soziale Katastrophe. Bei den im Januar stattfindenden Wahlkämpfen werde ein jeder für seine Weltanschauung und seine Parteigrundsätze stimmen können. Bis dahin müssen die Massen draußen zusammenwirken, um das Dasein zu ermöglichen. Zu Besprechung des Artikels 2, wonach die deutsch-österreichische Republik

Bestandteil der deutschen Republik

sein soll, bemerkte der Redner: „Unser deutsches Volk ist im Unglück tiefgebeugt. Aber gerade in dieser Stunde soll unser Volk genau wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen im Saal und auf der Galerie.) Dieser Artikel wird erst durch besondere Gesetze Inhalt bekommen auf Grund der Beratungen mit unsern Brüdern im Reiche. Die große, überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes war bereit, einen Frieden auch im Rahmen des neuen Staates Oesterreich zu schließen. Wir konnten aber unsre Verhandlungen nicht zum friedlichen Abschluß bringen. Immer stießen wir auf die letzte Bedingung: die Unterstellung eines wichtigen Teiles unsres Landes unter die tschechisch-slowakische Fremdherrschaft. Mit unserm freien Willen wird aber niemals deutsches Gebiet unter Fremdherrschaft gestellt werden. Die tschechisch-slowakische Bourgeoisie möge sich nicht dem Traum hingeben, daß den französischen und englischen Arbeitern auf die Dauer daran gelegen sein wird, den deutschen Boden mit Gewalt zu unterdrücken. Wir sind bereit, in eine auf Gleichberechtigung beruhende internationale Gemeinschaft einzutreten. Am liebsten wäre uns eine internationale Gemeinschaft der vereinigten Demokratien Europas. Der angelsächsischen Bourgeoisie, die unter der Freiheit der Völker Europas die Gelegenheit zur wirtschaftlichen Ausbeutung Europas versteht, wird in nicht allzu ferner Zeit der Völkerbund von ganz Europa antworten, um diesen Kontinent von imperialistischer Fremdherrschaft zu befreien." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, Stürmische Heilrufe und Zustimmung im Saale und auf den Galerien.)

•

Aufruf an die Deutsch-Böhmen

× Wien, 13. November

Die provisorische Nationalregierung erließ einen Aufruf an das deutschböhmische Volk, in dem es heißt: „Die durch das gleiche Stimmrecht berufenen Vertreter des Volkes von Deutschösterreich haben in der provisorischen Nationalversammlung, unter freigewählten Präsidenten vereinigt, beraten durch die von der Volksvertretung bestimmten verantwortlichen Behörden, den Beschluß gefaßt, den Staat Deutschösterreich als Republik, d. h. als freien Volksstaat einzurichten, dessen Gesetze vom Volke ausgehen und dessen Behörden demgemäß durch die Vertreter des Volkes eingesetzt werden. Zugleich hat die provisorische Nationalversammlung beschlossen, ihre Vollmachten unverzüglich, sobald die nötigen Vorkehrungen getroffen sind, in die Hände des Volkes zurückzulegen. Im Monat Januar wird das gesamte Volk Männer und Frauen, zur Wahl schreiten und sein äußeres Schicksal wie seine innere Ordnung vollkommen frei und unabhängig bestimmen. Jetzt, da die Freiheit gesichert ist, ist es die erste Pflicht, die staatsbürgerliche Ordnung und das wirtschaftliche Leben wiederherzustellen. Jeder leistet das Aeußerste. Deutsch-Oesterreicher! Euer Bürgergemeinsinn helfe den Volksbehörden, unser Volk vor der sonst drohenden Katastrophe zu retten. Jeder denke vor allem an die nächsten Wochen und Monate. Alles später ist gesichert. Bürger, Bauern und Arbeiter haben sich zusammengetan, um das neue Deutsch-Oesterreich zu begründen. Bürger, Bauern und Arbeiter sollten in den nächsten Monaten der höchsten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Not zusammenstehen, einander bereitwillig helfen und das Volk vor dem Untergange bewahren. Nach wenigen Monaten, so hoffen wir, kehrt in der Welt und kehrt in Deutsch-Oesterreich das normale Leben wieder ein. Dann wird das gesamte Volk sich seine dauernde, staatliche Ordnung geben. Mit festem Vertrauen, Eintracht, Selbstzucht und Gemeinsinn. Heil Deutsch-Oesterreich!"

•

Deutsch-böhmische Kundgebungen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Teplitz, 13. November

Hier fanden zwei mächtige Kundgebungen für die Errichtung des deutsch-österreichischen Staates statt, vormittags von den Deutsch-Bürgerlichen, nachmittags von der sozialdemokratischen Partei. In der sozialdemokratischen Versammlung erklärte der Landeshauptmann, Stellvertreter von Deutsch-Böhmen, Abg. Seelinger: „Wir haben mit dem tschechischen Nationalausschuß verhandelt und waren damit einverstanden, daß man die Entscheidung darüber, was aus Deutsch-Böhmen werden soll, der Friedenskonferenz anheimstelle. Wir hätten uns mit einem Provisorium für die Zeit bis zur Friedenskonferenz zufrieden gegeben, aber auf das wenige, was wir für die Selbständigkeit und Autonomie Deutsch-Böhmens verlangten, wurde uns von dem tschecho-slowakischen Staat mit einem glatten Nein geantwortet. Die ersten Worte, die wir vom Narodni Vybor zu hören bekamen, waren: Mit Rebellen verhandeln wir nicht. Das Wort stammt aus einer Zeit, wo die Menschen nicht freie Bürger, sondern Untertanen waren. Wir sind aber keine Untertanen, wir sind ein freies Volk. Als wir sagten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei doch das Programm Wilsons, da wurde uns die Antwort, daß dies eine Frage sei. Heute entscheide die Gewalt. Wir können uns mit einem Schlage aus der Not retten, und ich will es über die Sprachgrenze nach Prag hineinrufen, daß wir uns anschließen der großen deutschen Republik. Wenn der Narodni Vybor glaubt, die Friedenskonferenz habe über das Schicksal Deutsch-Böhmens zu entscheiden, so möge er bedenken, daß dort vielleicht ganz andre Leute anzutreffen sein werden als jene, von denen er Versprechungen erhalten hat. Den Frieden werden schließen die Vertreter der sozialistischen europäischen Republiken."

•

Die Schießerei vor dem Parlament

(Wiener Korresp.-Bureau)

× Wien, 12. November

Nach Annahme des Beschlusses der Nationalversammlung, die Republik zu proklamieren, trat Präsident Seitz auf die Rampe des Parlamentsgebäudes und verkündete der versammelten Menge den Beschluß. Seine Worte wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen. Der Demonstrationszug bewegte sich sodann langsam vor dem Parlament vorbei. Präsident Dinghofer gab das Zeichen zum Hissen der neuen Fahne in den deutsch-österreichischen Staatsfarben Rot-Weiß-Rot. Nach einer Weile sah man auf dem Mast eine zerrissene rote Fahne wehen. Das weiße Mittelfeld war herausgerissen worden. Ueber diesen Zwischenfall, der bei den bürgerlichen Nationalräten Verblüffung erregte, kam man leicht hinweg. Staatskanzler Renner und Präsident Seitz hielten sodann Ansprachen, die mit begeisterten Hochrufen auf die sozialistische Republik aufgenommen wurden. Später begaben sich der Präsident, die Mitglieder der Nationalversammlung sowie die Journalisten in den Sitzungssaal. Um unberufenen Personen den Eintritt zu verwehren, wurde das große Tor geschlossen. In diesem Augenblick hörte man starke Schläge gegen das Tor, gleich darauf fielen Schüsse, die ihre Richtung in die Kaserne und in die innere Säulenhalle nahmen. Alle Anwesenden wurden von Panik erfaßt. Gleich darauf wurden durch Schüsse verwundete Personen in einen Nebenraum gebracht.

Ueber die Ursachen der Schießerei besteht noch keine Klarheit. Nach einer Lesart handelt es sich um folgendes: Nachdem das Haupttor geschlossen war, stürmte eine von einem Offizier geführte kleine Abteilung Roter Garden unter Vorantragung einer roten Fahne gegen das Tor, das sie mit Gewehrkolben und Schlägen aufbrechen wollte. Hinten drängte ein Volkshaufe nach. Ihm stellte sich die Volkswehr entgegen. Die Parlamentsdiener ließen an den nach der Rampe führenden Fenstern die Rollläden herab, was wie das Rattern von Maschinengewehren klang. Daraufhin ertönten aus den Gewehren einer Anzahl weiter hinten nachfolgenden Gardisten Schüsse, die die Fenster am Haupttore durchbohrten und bis in die Säulenhalle hineinschlugen. Nach kurzer Zeit traf die Stadtschutzwache ein, um Rampe und Platz vor dem Parlament zu säubern.

Königin Maria Theresia von Bayern †

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

d. Augsburg, 13. November

Heute nacht ist im Alter von 69 Jahren an den Folgen der überstürzten Flucht aus München die schon früher herzleidende Königin Maria Theresia von Bayern in Berchtesgaden gestorben.

•

Die Königin wurde als einzige Tochter des Erzherzogs Ferdinand von Oesterreich-Este in Brünn geboren und ist seit 1868 mit König Ludwig III. von Bayern verheiratet gewesen, aus welcher Ehe 13 Kinder stammen.

Der frühere Deutsche Kronprinz in Holland

Gestern vorliegende Meldungen berichteten übereinstimmend mit solcher Bestimmtheit, der frühere deutsche Kronprinz sei bei einem Gefecht an der holländischen Grenze erschossen worden, daß man an der Richtigkeit der Meldungen nicht zweifeln zu müssen glaubte. Im Gegensatz dazu wird heute berichtet:

× Amsterdam, 12. November. Die Niederl. Tel.-Agentur meldet aus Maastricht: Heute mittag meldeten sich an der Grenze in Ondenhoorn drei Kraftwagen, in denen sich fünf deutsche Offiziere befanden, von denen einer der Kronprinz war. Er bleibt mit seinen Begleitern heute nacht in dem Gouvernementsgebäude, vor dem die Polizei Wache hält, und wartet dort die Entscheidungen über sein Verbleiben in Holland aus dem Haag ab.

Ob diese Nachricht nun zutreffend ist, bleibt aber abzuwarten. Der Amsterdamer „Telegraaf" erfährt, daß der Kronprinz bei Elten in einem Kraftwagen über die holländische Grenze gekommen sei, während die Berliner Zentrale des Wolff-Bureaus sagt, der frühere Kronprinz befinde sich bei den Truppen an der Front. Aus diesen Widersprüchen das Richtige herauszufinden, ist in diesem Augenblick noch nicht möglich.

Zwei Divisionen gegen die Tschechen in der Slowakei

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

⊙ Budapest, 13. November

Der neue ungarische Kriegsminister Barothy entsandte zwei volle Divisionen gegen die tschechischen Banden an die nordwestliche Grenze.

In Süd-Ungarn und Siebenbürgen sind von der Mackensenschen Armee 20 000 Mann über Kronstadt, 35 000 über Hermannstadt, 10 000 über Orsova, 4000 über den Szurul-Paß im Rückmarsch.

Neue Gesetze

WTB. Berlin, 13. November

Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk lautet:

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch für Beamte und Staatsarbeiter.

3. Eine Zensur findet nicht statt; die Theaterzensur wird aufgehoben.

4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet; niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Strafverfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Leistungen.

8. Die Gesindeordnung wird außer Kraft gesetzt, insbesondere das Ausnahmegesetz gegen Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Normalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Ernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Sicherheit und Freiheit der Person schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen noch erfolgen, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

•

Wieder Ruhe in Berlin

* Berlin, 13. November

Berlin hatte gestern den ersten ruhigen Tag seit Sonnabend. Das Straßenbild zeigte allenthalben, daß die gedrückten Stimmungen überwunden sind und das Vertrauen zur Neuordnung einzukehren beginnt. Die Absperrungen, die sich an vielen Stellen noch vorgestern als dringend notwendig erwiesen hatten, konnten überall aufgehoben werden. Um die Theaterstunde konnte man in den Straßenbahnwagen wieder die Damen in Abendtoilette sehen. Die Cafés waren überfüllt. Auf dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof machten sich die ersten Anzeichen heimkehrender Soldaten bemerkbar. Um die Mittagsstunde boten die Bahnhöfe ein ganz feldgraues Bild. Die Angekommenen zogen nach dem Reichstagsgebäude, um dort Weisungen einzuholen. In den Abendstunden erschien an den Litfaßsäulen ein neuerlicher Aufruf der Soldatenausschüsse über die Verpflegung der Soldaten. Obgleich die Bahnhöfe vorübergehend einem großen Feldlager glichen, wurde die Ordnung überall aufrechterhalten. Die Postanstalten nehmen von heute an wieder Geldbriefe und Wertpakete zur Beförderung an. Der Straßenbahnverkehr wickelt sich ohne Störungen ab. Der Eisenbahnverkehr nach und aus allen Teilen des Reiches ist bedeutend verstärkt worden. Auch der Nahverkehr wickelt sich ohne Störungen ab. Nur sind die Züge stark überfüllt und kommen mit großen Verspätungen an. Noch im Laufe dieser Woche werden täglich neue D-, Schnell- und Personenzüge eingestellt. Auch der Güterverkehr, soweit er den Transport von Lebensmitteln, Kohlen und sonstigen wichtigen Produkten betrifft, vollzieht sich durchaus einwandfrei.

•

Die Flotte

× Berlin, 12. November.

Die Regierung hat an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes ein Telegramm gesandt, in dem es u. a. heißt: „Wir bitten, für die gesamte Marine anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und Ordnung in der Marine unter allen Umständen aufrecht zu erhalten sind, daß

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181114/1